

Noch mal: Karlsruhe an die Front!

Hätte Bonn beim Somalia-Einsatz offen argumentiert, wäre es nicht in die SPD-Falle getappt

Von Josef Joffe

An dem wiederaufgeflamnten Streit über den Somalia-Einsatz der Bundeswehr trägt die Regierung mindestens die Hälfte der Schuld. Als sie die Entsendung von 1700 Mann guthieß, gedachte sie die Opposition ruhigzustellen, indem sie den Einsatz praktisch als Entwicklungshilfe verklärte - dazu ein bißchen Sommerfrische und Abenteuerurlaub.

Und die Opposition? Sie hat in Wahrheit keine guten Argumente gegen derlei Einsätze. Neudeutscher Imperialismus, ein neues 'Afrika-Korps'? Bei der Intervention der Vereinten Nationen ging es um all die Dinge, die einem Sozialdemokraten hoch und heilig sein müßten: Handeln im Auftrag einer Art Weltregierung, Rettung der Verhungerten vor Marodeuren und Gangstern, kurz: praktische Friedensarbeit. Also versteifte sich die Opposition auf kleingeklöppelte Scholastik. Zwar würden die Deutschen unter dem Blauen Baret nicht kämpfen, aber sie gäben ein Glied in der Logistikkette ab. Wer den benachbarten Kampftruppen auch nur eine Patrone zuschöbe, der sei in Kampfhandlungen

verwickelt und nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes.

Nun sind Kohl und Rüge in eine Falle getappt, die vermeidbar gewesen wäre, wenn sie mit offenem Visier argumentiert hätten. Sie hätten erstens sagen müssen: Wir schicken Soldaten in ein Banden- und Bürgerkriegsgebiet, nicht in ein Wüsten- Trainingslager. Zweitens: Dies ist die richtige Politik; die Bundesrepublik kann sich nicht vor der Verantwortung für den Weltfrieden drücken - um so weniger, wenn unsere wichtigsten Partner ihren Part übernehmen. Drittens: Die politische Interpretation des Grundgesetzes, die wir uns im Kalten Krieg zurechtgelegt haben, um uns Out-of-area-Einsätzen zu entziehen, war damals richtig, ist aber heute nicht mehr zeitgemäß. Tatsächlich erlaubt das GG laut Artikel 24 die Teilnahme an 'kollektiver Sicherheit', und genau das hat die UN in Somalia beschlossen.

Statt dessen hat Bonn den Einsatz als humanitären Ausflug verklärt. Und nun wird in Somalia geschossen - was so überraschend ist wie eine naße Fahrbahn nach dem Regen.

Daß die SPD die Bundeswehr per Verfassungsgerichts-Verfügung nach Hause holen will, ist zwar kein Akt staatspolitischer Größe, aber ihr gutes Recht als Opposition.

Und so landet die Außenpolitik wieder dort, wo sie nichts zu suchen hat: vor dem Gericht. Regierungen sind dazu da, zu entscheiden; Oppositionspflicht ist es, die Regierung zu kontrollieren und zu konterkarieren. Aber das sollte doch wohl im öffentlichen, im parlamentarischen Raum stattfinden - und nur in der allerhöchsten Not vor dem Gericht. Karlsruhe muß jetzt wieder entscheiden, was ureigenste Sache der Politik ist.

Ob es der Republik nützt, wenn das Gericht vor den Augen einer erstaunten Welt die Blauen Barette nach Hause holt? Das möge sich die SPD noch einmal überlegen, und die Bonner mögen daraus lernen. Aber vielleicht gibt es einen Ausweg: Bonn könnte den Sicherheitsrat um eine große Zusatztruppe für Somalia bitten - nicht zum Schutz der Somalier, sondern der Bundeswehr. Dann müßte sie nicht schießen, und so wäre zumindest der Frieden in Deutschland gerettet.